

*Herr Präsident, Herr Regierungsrat, geschätzte Anwesende,*

**Der Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima als Folge des Erdbebens mit anschliessendem Tsunami am 11. März 2011 hat im Kanton Aargau nicht zum erwarteten Umdenken in der Energiepolitik geführt. Dies obwohl der Bundesrat im Mai 2011 beschlossen hat, von einem der bisherigen Hauptpfeiler seiner Energiestrategie abzuweichen, indem der Bau von Ersatzkernkraftwerken ausgeschlossen wurde. Auch, dass beide Parlamentskammern in Bundesbern mittlerweile diesen Beschluss mittragen und sogar FDP Parteichef Pelli, nach dem Wahldebakel seiner Partei sich davon überzeugen lies, herrscht bezüglich Einsicht auf einen somit notwendigen Energiewandel bei uns im Kanton Aargau Eiszeit. Wenn man dieses Energiegesetz studiert, könnte man meinen es sei in Fukushima oder damals in Tschernobyl gar nichts geschehen. Der Kanton Aargau wird mit diesem Gesetzesentwurf den Atomausstieg und die Herausforderungen in der Energiepolitik definitiv verschlafen. Ziele werden darin nur angestrebt, griffige Massnahmen für eine konkrete Zielerreichung fehlen ganz. Was an vager Zielvorgabe noch verbleibt, wird nicht im Gesetz sondern in einem Planungsdokument festgehalten. Der Grosse Rat KANN dann, wenn er will, dort Änderungen verlangen. Über die Wirkung von Planungsberichte müssen sie mir nichts erklären, ich kenne diese aus den bereits vorhandenen. Ich stelle ihnen deshalb im Namen der GLP- Fraktion den Antrag auf Nichteintreten. Der Bund erarbeitet eine neue Energiestrategie, die 2014 als Gesetz vorliegen wird. Auf**

dieser Grundlage können wir dann unsere kantonale Gesetzesrevision angehen und die neuen Bestimmungen nicht nur mitberücksichtigen sondern mit unseren eigenen Bedürfnissen zusätzlich abstimmen. Denn, lieber spät und richtig als nie und falsch. Machen wir es also genauso wie die Regierung des Kantons Zürich. Diese hat ihren Energieplanungsbericht 2010 aufgrund der noch unklaren Bundesbestimmungen im Juli letzten Jahres zurückgezogen. Sie will zuerst die Fragen betreffend deren Auswirkung auf ihre Bevölkerung, ihre Wirtschaft und den Staatshaushalt geklärt haben. Dies sollten wir im Kanton Aargau ebenfalls so tun. Denn, unser Regierungsrat und die Rechtsbürgerliche Seite schreiben das was ankommt in das vorliegende Gesetz und nicht das, worauf es ankommt und offerieren nur eine Politik der Unverbindlichkeit. Ausnahmen sind die Regel, und die Kann- Formulierung findet praktisch bei jedem §en welcher von energiepolitischer Bedeutung wäre, seine Anwendung. Wir sind jedoch nicht nur für das verantwortlich was wir tun, sondern auch für das was wir eben nicht tun. Was mich persönlich zusätzlich noch ärgert, ist die Tatsache, dass der Regierungsrat weitergehende Ausnahmen auf dem Verordnungsweg festlegen will und wir dort, als Grosser Rat keinerlei Einfluss mehr nehmen können. Ein spezielles Beispiel, was mich furchtbar wütend macht, sei hier erwähnt. Da beschloss der Grosse Rat anlässlich der Beratung zum Richtplan, dass es keine Auflagen für den Bau von Windkraftanlagen braucht. Was macht der Regierungsrat, er kommt der damaligen Forderung seiner Partei nach und legt in der Verordnung erneut Auflagen fest. So wird mit unserem damaligen Beschluss umgegangen. Dass es diese Auflagen, bezüglich

**verbindliche Windgeschwindigkeit nicht braucht, beweist die grösste Windkraftanlage Mt. Crosin. Sie hat im Jahr 2011 ihre Produktion mehr als verdreifacht und dies obwohl der Wind so wenig wehte, wie letztmals im Jahr 1996. Herr Regierungsrat, wer meint er irrt nie, der irrt. Die Vorurteile von ihnen und ihren Freunden Des Profits, sind schwerer zu spalten als ein Atom. Unsere Wirtschaft braucht nicht zusätzliche Auflagen sondern lediglich klare gesetzliche Grundlagen. Diese erhält sie jedoch aus der vorliegenden Botschaft nicht. „Je länger wir warten, desto schärfer werden die Vorschriften des Bundes“ dieses Zitat des Kommissionspräsidenten der UBV in der AZ vom 19. Dezember 2011 bringt es auf den Punkt. Die Mehrheit in diesem Rat, will gar keine Änderungen bei der Erzeugung und beim Verbrauch von Energie. Sie will keinen umfassenden ökologischen Umbau der Wirtschaft, inklusive Ausstieg aus der fossilen Energie und Abkehr von der Rohstoffverschleuderung. Die GLP jedoch schon und daher dürfen wir gar nicht erst auf diesen Energiegesetzesvorschlag eintreten. Sollten sie unseren Nichteintretensantrag ablehnen, so werden wir in der kommenden Beratung nur noch einen einzigen Antrag zum § 2, zu den Zielen stellen. Dies lediglich deshalb weil schon in erster Lesung alle unsere Anträge abgelehnt wurden und auch in der Zweit- Beratung in der Kommission unser GLP- Mitglied mit all unseren Anträgen gescheitert ist. Deshalb erachten wir es als sinnlos diese erneut zu stellen. Sollten sie jedoch selbst diesen einen Antrag ablehnen, werden wir dieses Gesetz in dieser unbrauchbaren Form geschlossen ablehnen und das Behördenreferendum anstreben oder ein solches unterstützen. Der Antrag wurde mit 37:89 Stimmen abgelehnt.**

*Roland Agustoni, GLP, Rheinfelden*